



Mit starken Kommunen die Energiewende zur Erfolgsstory machen

erarbeitet im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ von den Oberbürgermeisterinnen
und Oberbürgermeistern

Oberbürgermeister Andreas Bausewein, Erfurt
 Oberbürgermeister Andreas Brand, Friedrichshafen
 Oberbürgermeister Uli Burchardt, Konstanz
 Oberbürgermeister Dirk Elbers, Düsseldorf
 Oberbürgermeister Peter Gaffert, Wernigerode
 Oberbürgermeister Ivo Gönner, Ulm
 Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg
 Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote, Norderstedt
 Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm, Lörrach
 Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig
 Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, Rheine
 Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster
 Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Lüneburg

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg
 Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, Bonn
 Oberbürgermeister Boris Palmer, Tübingen
 Oberbürgermeister Reinhard Paß, Essen
 Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, Ravensburg
 Oberbürgermeister Jürgen Roters, Köln
 Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Freiburg
 Oberbürgermeister Werner Spec, Ludwigsburg
 Oberbürgermeister Dr. Jens Triebel, Suhl
 Oberbürgermeister Christian Ude, München
 Oberbürgermeister Stephan Weil, Hannover
 Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner, Heidelberg

unterstützt durch



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Inhalt

1.	Zu diesem Papier	1
2.	Wo wir Handlungsbedarf sehen	2
	2.1 Die Energiewende managen	4
	2.2 Erneuerbare Energien ausbauen und verteilen	8
	2.3 Energetische Sanierung vorantreiben	10
	2.4 Das Beschaffungswesen für die Energiewende nutzen	14
	2.5 Mut und Kreativität für neue Wege in Fragen der Mobilität	16
	2.6 Die Menschen an der Energiewende beteiligen	18
	2.7 Nach gerechter Verteilung der Lasten suchen	20
	2.8 Durch Kooperation die Energiewende als Gemeinschaftswerk voranbringen	21
3.	Hintergrund und teilnehmende Städte	24

1. Zu diesem Papier

Deutschland hat die Chance, mit der Energiewende Geschichte zu schreiben. Es geht um den Ersatz aller Kernkraftwerke bis 2022 und um das Erreichen einer weitgehenden Klimaneutralität bei der Energieerzeugung bis 2050. Neben Kraftwerken und der Stromversorgung geht es auch um Energie für Mobilität sowie für die Wärme- und Kälteversorgung. Die Neuorientierung in Richtung Nachhaltigkeit betrifft hierbei die Energieproduktion in zentralen und dezentralen Kraftwerken (zu denen zunehmend auch Gebäude zählen), Energiespeicher zur Harmonisierung von Angebot und Nachfrage, eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz sowie eine Senkung der Strom- und Wärmenachfrage – von den Sektoren Industrie, Haushalte und Verkehr bis hin zur Landwirtschaft.

Den Beschlüssen von Bundesregierung und Bundestag vom Juni 2011 müssen dringend weitergehende Entscheidungen folgen. Technik und technischer Fortschritt sind dabei ebenso wichtig wie neue Leitungen im Übertragungsnetz und vor Ort in den Verteilernetzen sowie auch bezahlbare Preise. Letztlich entscheiden wird sich die Energiewende jedoch mit dem Selbstverständnis und der Kultur, mit der wir Energie nutzen, teilen und sparen. Als bedeutendes Gemeinschaftswerk Deutschlands erfordert die Energiewende von uns allen ein hohes Maß an Verantwortung und Gestaltungswillen.

Wir, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von Augsburg, Bonn, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Köln, Konstanz, Leipzig, Lörrach, Ludwigsburg, Lüneburg, München, Münster, Norderstedt, Nürnberg, Ravensburg, Rheine, Suhl, Tübingen, Ulm und Wernigerode setzen in unseren Kommunen auf eine zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung. Wir machen von unseren politischen Gestaltungsmöglichkeiten Gebrauch und bringen ökologische Gesichtspunkte, soziale und wirtschaftliche Aspekte fair und sorgfältig abwägend zusammen. Dabei verstehen wir die Energiewende in unseren Städten als Teil einer übergeordneten, nachhaltigen Stadtentwicklung unter dem Leitbild der kompakten, ressourcenschonenden Stadt.

Im Folgenden zeigen wir ausgewählte Herangehensweisen, wie die Energiewende mit tatkräftiger Unterstützung der Kommunen erfolgreich vorangebracht wird. Diese Beispiele sollen weiteren Kommunen als Anregung dienen, ihre Potenziale zu prüfen und zu nutzen.

Aus unserer Sicht besteht aber auch aufseiten des Gesetzgebers dringender Handlungsbedarf, um die Energiewende in Deutschland zum Erfolg zu führen. Dies betrifft sowohl die wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch die Fördermöglichkeiten der Länder, des Bundes und der Europäischen Union (EU).

In unseren Kommunen sind die Gegebenheiten und Herausforderungen sehr unterschiedlich – ebenso wie die Herangehensweisen, mit denen wir die Energiewende voranbringen. Weil es nicht den einen richtigen Weg, sondern eine Vielfalt von richtigen Wegen der kommunalen Energiepolitik gibt, müssen wir besser als bisher von anderen lernen und in der Bundespolitik dafür sorgen, dass kommunale Energiewenden mehr Unterstützung erfahren.

Oberbürgermeister [Andreas Bausewein, Erfurt](#)
Oberbürgermeister [Andreas Brand, Friedrichshafen](#)
Oberbürgermeister [Uli Burchardt, Konstanz](#)
Oberbürgermeister [Dirk Elbers, Düsseldorf](#)
Oberbürgermeister [Peter Gaffert, Wernigerode](#)
Oberbürgermeister [Ivo Gönner, Ulm](#)
Oberbürgermeister [Dr. Kurt Gribl, Augsburg](#)
Oberbürgermeister [Hans-Joachim Grote, Norderstedt](#)
Oberbürgermeisterin [Gudrun Heute-Bluhm, Lörrach](#)
Oberbürgermeister [Burkhard Jung, Leipzig](#)
Bürgermeisterin [Dr. Angelika Kordfelder, Rheine](#)
Oberbürgermeister [Markus Lewe, Münster](#)
Oberbürgermeister [Ulrich Mädge, Lüneburg](#)

Oberbürgermeister [Dr. Ulrich Maly, Nürnberg](#)
Oberbürgermeister [Jürgen Nimptsch, Bonn](#)
Oberbürgermeister [Boris Palmer, Tübingen](#)
Oberbürgermeister [Reinhard Paß, Essen](#)
Oberbürgermeister [Dr. Daniel Rapp, Ravensburg](#)
Oberbürgermeister [Jürgen Roters, Köln](#)
Oberbürgermeister [Dr. Dieter Salomon, Freiburg](#)
Oberbürgermeister [Werner Spec, Ludwigsburg](#)
Oberbürgermeister [Dr. Jens Triebel, Suhl](#)
Oberbürgermeister [Christian Ude, München](#)
Oberbürgermeister [Stephan Weil, Hannover](#)
Oberbürgermeister [Dr. Eckart Würzner, Heidelberg](#)

2. Wo wir Handlungsbedarf sehen

In Kürze

- Die Kommunen wollen die Herausforderungen der Energiewende mit einer lebendigen und starken kommunalen Daseinsvorsorge meistern, denn auch die sichere Versorgung der Menschen mit Licht, Wärme und Strom ist auf diese Weise gelungen.
- Die kommunale Selbstverwaltung unterstützt am besten die innovativen und lebensnahen sowie regionalen und dezentralen Lösungen zur Energiewende. Allerdings muss die Politik in Bund und Ländern sicherstellen, dass sie bei allen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen regelmäßig und konsequent die Kommunen stärkt.
- Wir verstehen die Energiewende als Gemeinschaftswerk – in unseren Kommunen und in Deutschland. Deshalb sprechen wir uns für eine Verstärkung der vertikalen Vernetzung von EU, Bund, Ländern, Kommunen und Regionen aus.
- Die Einsparung und effiziente Nutzung von Energie sowie eine noch immer ausstehende Energiewende in der Mobilität und in der Wärmeversorgung müssen von der Energiewende-Politik genauso intensiv einbezogen werden wie die Stromherstellung und -nutzung. In unseren Kommunen haben wir zahlreiche Beispiele für diesen weiten Ansatz. Bund und Länder sind gefordert, diesen ebenfalls aufzugreifen und zu einer generellen Vorgabe für die Politik zu machen.
- Von einem künftigen Energiemarktdesign erwarten wir ein stimmiges Verhältnis zwischen Erzeugungskapazitäten und dem Aus- und Umbau der Netze, Systemstabilität, Versorgungssicherheit, erhöhte Kosteneffizienz und die Einhaltung der Klimaschutzziele.
- Eine klare, verlässliche Programmatik ist eine Voraussetzung für Investitionen in die Energiewende. Dies betrifft den Ausbau der erneuerbaren Energien ebenso wie Investitionen in Netze und Speicherkapazitäten. Die Bundesregierung soll dafür sorgen, dass insbesondere schnell regelbare Gas- und Dampfkraftwerke, die die fluktuierende Einspeisung erneuerbarer Energien ausgleichen können, wirtschaftlich sind.
- Die umfassende Beteiligung der Bürgerschaft und der Wirtschaft stellt eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende dar. Kommunen können dazu einen bedeutenden Beitrag leisten. Die Bundesregierung soll die Kommunen noch stärker an der Bedarfsplanung und am Ausbau der Übertragungsnetze beteiligen. Neue Partizipationsformen sollen ermöglichen, dass Menschen sich überall und systematisch an der Finanzierung des Netzausbaus beteiligen können.

Wir sind der Überzeugung, dass die von der Bundesregierung beschlossene Energiewende mit besonderen Chancen für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und für das Mitwirken der Menschen an dezentralen Entscheidungen verbunden werden kann. Dazu muss es gelingen, die Herausforderungen beim Netzausbau, bei den Strompreisen, in den Energiemärkten, der Verbesserung der Energieeffizienz und in der Verkehrspolitik zu lösen. Derzeit bleiben jedoch zu viele Möglichkeiten ungenutzt, notwendige Entscheidungen werden verschleppt, die Reibungsverluste sind hoch.

Wir halten daher eine stark verbesserte Koordinierung der Energiepolitik von Bund, Ländern und Kommunen für notwendig. Wir sprechen uns für die Erstellung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Energiewende aus, den die Bundesregierung mit Beiträgen von Ländern, Kommunen und Wirtschaft erarbeitet und an dessen Realisierung sich alle Akteure verantwortlich beteiligen.

Wichtigster Einzelpunkt ist das künftige Energiemarktdesign, das Systemstabilität und Versorgungssicherheit gewährleistet, die Kosteneffizienz erhöht, gesamtwirtschaftliche Kosten und Wertschöpfung berücksichtigt und insbesondere die Einhaltung der Klimaschutzziele sichert. Um die Energiewende ökonomisch erfolgreich zu gestalten, muss die Politik den Energiemarkt neu ordnen. Dabei sind insbesondere die Erzeugungskapazitäten in ein stimmiges Verhältnis zu dem vorgesehenen Um- und Ausbau der Netze zu setzen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in hocheffiziente – erneuerbare und Übergangsweise fossile – neue Kraftwerke und Speichersysteme zu schaffen. Neue hocheffiziente fossile Kraftwerke dürfen nicht zugunsten alter Anlagen mit hohen Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Emissionen abgestellt werden, sondern müssen wirtschaftlich arbeiten können, wobei Gaskraftwerke Kohlekraftwerken vorzuziehen sind. Die Einspeisung von erneuerbaren Energien ins Stromnetz soll ausgebaut und dabei flexibel auf den Bedarf abgestimmt werden. Bei den neuen Konzepten, die derzeit in der Diskussion sind, wie zum Beispiel Auktionen zur Vermarktung von Energieherstellungskapazitäten und intelligente Netze, müssen Kommunen Rechte zur Mitwirkung zuerkannt werden.

Beim Umbau hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung kommt den Stadtwerken und lokalen Energiedienstleistern eine besondere Rolle als Vorreiter zu. Die Praxis der energetischen Stadtanierung, die Stärkung des Umweltverbundes (inklusive Carsharing), die niederschweligen Angebote zur Energieberatung, eine klimafreundliche Beschaffung, Energieeffizienz in der Industrie und im Gewerbe – all dies werden wir weiter mit unseren kommunalen Energieversorgungsunternehmen und weiteren Partnern wie Verkehrsverbänden, Bürgerschaft, Unternehmen und Organisationen vorantreiben. Dafür brauchen wir allerdings bessere und vor allem stabile rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

2.1 Die Energiewende managen

Um die Energiewende auf der kommunalen Ebene zu managen, setzen wir uns klare Ziele, gehen Selbstverpflichtungen ein, erarbeiten Energie- und Klimaschutzkonzepte und bedienen uns kommunaler Klimaschutzmanagementsysteme wie beispielsweise dem European Energy Award oder treten dem Konvent der Bürgermeister bei, die uns helfen, unsere Ziele zu erreichen. Wir legen klare Verantwortlichkeiten für die Koordinierung der Aktivitäten zur Energiewende fest. Die Programme des Bundesumweltministeriums (BMU) zur Erarbeitung von kommunalen Klimaschutzkonzepten und zum Aufbau von Klimaschutzmanagementsystemen sind dabei hilfreiche Instrumente.

Wernigerode: den Energieverbrauch nicht dem Zufall überlassen

Die Stadt Wernigerode will die kommunale Energiewende durch Fernwärmeversorgung aus stadtwerkeigenen BHKW voranbringen. Dazu werden sowohl Fernwärmetrassen erneuert und erweitert als auch neue, dezentrale Blockheizkraftwerke errichtet. Aufgrund einer bereits existierenden, sehr strengen Fernwärmesatzung der Stadt für ein groß ausgelegtes Satzungsgebiet müssen sich Bauherren für Wohnbebauung entweder für einen Fernwärmeanschluss oder für eine 100-prozentige Versorgung ihres Hauses mit regenerativen Energien entscheiden. Großabnehmer wie Freibad, Schwimmhalle, Schulen in allen Trägerschaften, Sporthallen, Kindertagesstätten und städtische Verwaltungsgebäude werden ebenfalls angeschlossen.

Seitens des Bundes müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Investitionen in neue effiziente Kraftwerke mit sehr gutem Regelverhalten wirtschaftlich ermöglichen. Dies sind vor allem Gas-und-Dampf (GuD)-Kraftwerke, aber auch Motorheizkraftwerke und Brennstoffzellenkraftwerke, die eine optimale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ermöglichen. Angesichts der fluktuierenden Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ist dieser flexibel und schnell regelbare Kraftwerkstyp systemisch (noch) unverzichtbar, da er die benötigte Reserveleistung zur Verfügung stellt. Der Einspeisevorrang erneuerbarer Energien hat neben positiven Effekten unter anderem aber auch zur Folge, dass viele GuD-Anlagen nicht wirtschaftlich zu betreiben sind, da sie als „Einspringer“ überwiegend nicht ausgelastet sind. Diese Nutzung lohnt sich nur bei bereits abgeschrieben Anlagen. Neue, häufig effizientere Anlagen sind hingegen kaum refinanzierbar.

Da der Energieträger Gas auch weiterhin noch einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten wird, muss Gas möglichst effizient eingesetzt werden. Hierbei kommt der KWK eine bedeutende Rolle zu. Während ihr Einsatz in größeren, zentralen Kraftwerken in der Regel aufgrund der notwendigen Leitungssysteme eher in größeren Städten und Ballungsgebieten von Bedeutung ist, können dezentrale Anlagen in Form von Blockheizkraftwerken (BHKW), die zum Beispiel mit Bio-Erdgas betrieben werden, auch für Quartiere, einzelne Wohngebäude, Industrieanlagen oder Krankenhäuser vermehrt eingesetzt werden. Zugleich können mit KWK auch in Zukunft Schwankungen bei der Nutzung erneuerbarer Energien ausgeglichen werden und Überschüsse der regenerativen Energieerzeugung – nach

Lörrach: mit Gold gekürt

Die Stadt Lörrach beschreitet konsequent den Weg einer nachhaltigen Energiepolitik: 2002 ist die Stadt als erste deutsche Kommune mit dem Schweizer Label Energiestadt[®] ausgezeichnet worden, 2007 hat sie als erste Kommune Baden-Württembergs den European Energy Award[®] (eea) erhalten und 2010 hat Lörrach den Sprung zur European Energy Award[®] Gold-Auszeichnung geschafft. Der eea ist ein Energie- und Klimaschutzmanagementsystem, das die Stadt Lörrach dazu nutzt, Schritt für Schritt klimafreundlicher und energieeffizienter zu werden. Eine Gold-Auszeichnung steht für ein überdurchschnittliches Engagement für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz und zeigt, dass eine Kommune bereits sehr viele Projekte umgesetzt hat. Langfristig, bis zum Jahr 2050, hat sich die Stadt Lörrach vorgenommen, zu einer klimaneutralen Kommune zu werden.

Umwandlung zum Beispiel in Methan – in Zeiten von Nachfragespitzen wieder zur Verfügung gestellt werden. Die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind so zu setzen, dass die Standortwahl und Anlagendimensionierung entsprechend der lokal und regional möglichen Wärmenutzung erfolgt. Die Bundesregierung sollte den Ausbau der KWK weiter unterstützen und fördern.

Bei bestehenden Fernwärmenetzen muss sichergestellt sein, dass bei akutem Wärmebedarf die KWK-Anlagen – auch zulasten von erneuerbaren Energien – betrieben werden können. Die Konkurrenzsituation bei der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien und von Strom aus KWK-Anlagen muss überwunden werden.



Lörrach

Wernigerode

Münster



Leipzig

Noch bestehende Zielkonflikte zwischen einer Verbesserung des Wärmeschutzes und der stärkeren Nutzung von Fernwärme müssen positiv aufgegriffen werden, indem gebiets- oder stadtteilbezogene Prioritäten gesetzt werden.

Eine entscheidende Funktion im künftigen Stromversorgungssystem müssen Speichersysteme erfüllen, um die Fluktuationen der Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu kompensieren. Maßnahmen zum Lastmanagement beim Verbraucher, häufig unter dem Teilaspekt Smart Metering diskutiert, stellen ein weiteres unverzichtbares Instrument dar, um das regenerative Energieangebot und die Nachfragestruktur in Einklang zu bringen. Beide Felder erfordern klare Rahmen und Förderschwerpunkte von Bund und Ländern.

Münster: Atomstromfrei in 2020 – politisch legitimiert und finanziell begleitet

Um der Energiewende zu begegnen, setzt die Stadt Münster auf eine politische Legitimation und auf die Bereitstellung finanzieller Mittel. Der Stadtrat hat im Jahr 2008 nicht nur beschlossen, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren und 20 Prozent des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu decken, sondern ebenfalls im Jahr 2011 entschieden, dass die Stromversorgung künftig auch atomstromfrei werden soll. Für die nötigen Investitionen nehmen die Stadtwerke Münster über 330 Mio. Euro in die Hand. Ein Großteil davon (über 225 Mio. Euro) soll für den Ausbau der Windenergie und Photovoltaik investiert werden. Über eine zunehmende Integration der KWK in das städtische Energiesystem werden weitere Effizienzpotenziale gehoben.

Ein sehr wichtiges energie- und klimapolitisches Instrument ist nach unserer Überzeugung der europäische CO₂-Emissionshandel, der jedoch durch den Preisverfall der Emissionszertifikate seiner Wirksamkeit beraubt ist. Neben dem Verlust des Anreizes zu Energiesparinvestitionen in der Industrie ist damit auch der Verlust der finanziellen Grundlage für den Energie- und Klimafonds und die Nationale Klimaschutzinitiative verbunden. Um den Emissionshandel wieder effektiv zu machen und eine Lenkungswirkung des Marktes zu ermöglichen, ist eine sukzessive Verringerung der handelbaren Emissionszertifikate unverzichtbar.

Für die Bilanzierung von CO₂-Emissionen auf kommunaler Ebene brauchen wir einheitliche Vorgehensweisen und einfach anzuwendende Standards. Derzeit basieren die Erhebungen der Kommunen auf unterschiedlichen Konzepten, leiden unter mangelnder Datenverfügbarkeit und sind teilweise mit hohem Aufwand verbunden. Oft fehlen wichtige Kennzahlen im Monitoring von Klimaschutz und der Umsetzung der Energiewende.

Wir sprechen uns für ein System aus, das von der kommunalen Ebene über die Länder und den Bund eine einheitliche Datenbasis und Bewertungsgrundlage bietet, die eine freiwillige Vereinheitlichung von Standards im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ermöglicht.

Soweit Maßnahmen zur Energiewende dem Bereich der freiwilligen kommunalen Selbstverwaltung zuzuordnen sind, können sie von Kommunen mit angespannter Haushaltslage oder unter Haushaltsvorbehalt in vielen Bundesländern nicht realisiert werden, selbst wenn sie zu finanziellen Einsparungen und damit zu einer strukturellen Entlastung des Haushalts führen würden. Auf diese Weise entgehen diesen Kommunen sinnvolle Handlungsoptionen und die Energiewende bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück. Bund und Länder sind gefragt, hier durch finanzielle Unterstützung für Abhilfe zu sorgen.

Leipzig: Wärmeversorgung neu denken

Die Stadt Leipzig ist seit dem Jahr 1992 bundesweit für ihren offensiven Fernwärmeausbau bekannt. Dabei werden ganze Stadtteile neu angeschlossen, die derzeit im Regelfall mit Gasheizungen versorgt sind, und parallel dazu Gasnetze offensiv zurückgebaut. Damit gelang es, die durchschnittlichen Pro-Kopf-CO₂-Emissionen bis unter den bundesweiten Durchschnitt zu senken und über 50 Prozent CO₂-Einsparung seit 1990 zu erreichen. Auf Basis eines neuen Energie- und Klimakonzepts sollen durch den Umbau der Wärmeversorgung weitere Einsparpotenziale gehoben werden.

2.2 Erneuerbare Energien ausbauen und verteilen

Der Wechsel von atomaren und mittelfristig auch von fossilen Energieträgern hin zu den erneuerbaren Energien ist eine Notwendigkeit und gewinnt sowohl für den Klimaschutz als auch angesichts der Endlichkeit fossiler Energieträger und der damit verbundenen Gefahr von Preis- und Versorgungskrisen mit einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen immer mehr an Bedeutung.

München: Ausbauoffensive Erneuerbare Energien

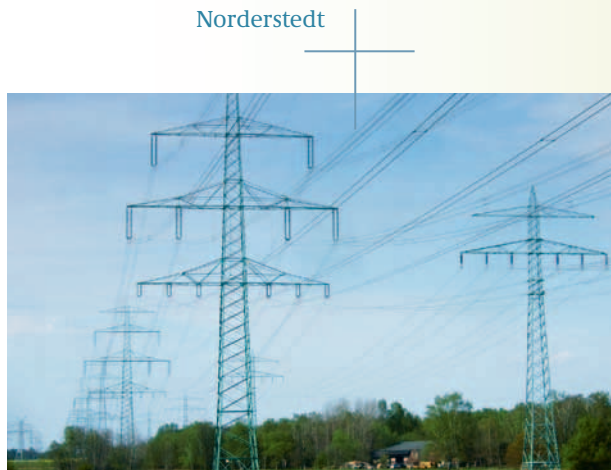
Der Stadtrat Münchens hat die Stadtwerke München (SWM) – zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt – zu einem Quantensprung verpflichtet: Bis 2025 sollen die Stadtwerke so viel Ökostrom in eigenen Anlagen produzieren, wie ganz München verbraucht. Das sind immerhin rund 7,5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. Durch die Ausbauoffensive Erneuerbare Energien der SWM wurden bislang bereits so viele Projekte angestoßen oder realisiert, dass nach Fertigstellung eine Erzeugungskapazität von rund 2,4 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom erreicht wird. Mit dieser Menge könnten alle rund 800.000 Münchner Haushalte versorgt und darüber hinaus sogar noch der Bedarf von U-Bahn und Tram gedeckt werden. Bis 2025 wollen die SWM rund 9 Milliarden Euro in den Ausbau der Erneuerbaren Energien investieren.

Die gegenwärtig zwischen Bundesregierung und den Ländern abgestimmte Bedarfsplanung für die Stromnetze ist zwar wichtig, reicht aber nicht aus, um sinnvolle Ausbaupfade für erneuerbare Energien und vor allem auch die Verteilnetze abzuleiten. Die Beteiligung der Kommunen ist nicht ausreichend. Wir fordern neue Partizipationsformen auf allen Ebenen. Überall und systematisch sollte die Möglichkeit für die Menschen geschaffen werden, sich vor Ort an der Finanzierung des Netzausbaus zu beteiligen. In der Netzentwicklungsplanung und bei Auktionsverfahren sowie beim Konzept der energetischen Stadtsanierung, dem Umbau unserer Mobilitätssysteme und – besonders wichtig – bei neuen Rechtsvorgaben für die naturschutzrechtliche Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft sollen die Kommunen politisch und rechtlich beteiligt werden.

Düsseldorf: ein effizientes Kraftpaket für die Stadt

Die Stadtwerke Düsseldorf bauen ein neues hocheffektives GuD-Kraftwerk im Düsseldorfer Hafen, das im Jahr 2016 Strom und Wärme mit einem Gesamtwirkungsgrad von über 85 Prozent für Düsseldorf bereitstellen wird. Der neue Kraftwerksblock generiert einen Wirkungsgrad von mehr als 61 Prozent bei der reinen Stromerzeugung – das ist Weltrekord. Darüber hinaus werden 300 Megawatt Fernwärme ausgekoppelt und das Fernwärmenetz in der Stadt ausgebaut. Weniger als 330 Gramm CO₂ schlagen pro erzeugter Kilowattstunde Energie zu Buche. Dadurch können jährlich bis zu 700.000 Tonnen CO₂ eingespart werden. So präsentiert sich die GuD-Anlage als ideale Brückentechnologie auf dem Weg zur angestrebten Klimaneutralität der Stadt im Jahr 2050.





München

Norderstedt: intelligent vernetzen

Die Stadt Norderstedt konzentriert sich im Projekt „Intelligente Netze“ in Zusammenarbeit mit den Norderstedter Stadtwerken auf den systemischen Bestandteil eines nachhaltigen Energiesystems. Im Rahmen eines Pilotvorhabens wird untersucht, wie ein dezentrales und flexibles Energieversorgungssystem der Zukunft aussehen kann, bei dem sich die Strompreise nach der augenblicklichen Versorgungs- und Lastsituation richten. Eine Steuerung des Stromverbrauchs, beispielsweise zum Kühlen oder Wärmen, seitens der Haushalte soll helfen, Erzeugung und Verbrauch in Einklang zu bringen. Eine Verbesserung der Netzstabilität wird durch die Aktivierung von Lastverlagerungs- und Lastvermeidungspotenzialen erreicht. Im Rahmen einer Akzeptanzstudie mit Norderstedter Haushalten werden Methode und Vorgehensweise evaluiert und ein wesentlicher Beitrag zur Weiterentwicklung der Smart-Meter-Technologie geleistet.

Die Netzbetreiber müssen in der Lage sein, die zum Gelingen der Energiewende notwendigen Investitionen zu tätigen. Bei der Genehmigung von Netzentgelten muss dieser Notwendigkeit Rechnung getragen werden. Besonders auf der Verteilnetzebene müssen große Investitionen zur Einbindung dezentraler Erzeugungsanlagen und neuer Großverbraucher (beispielsweise Elektroautos) refinanzierbar sein.

Im neuen Energiemarkt kommt den Kommunen, ob mit oder ohne Stadtwerke, eine besondere Bedeutung zu. Neue Kooperationen sind lohnend: Aufgrund der unterschiedlichen Standortbedingungen für die Nutzung erneuerbarer Energien lassen sich manche Vorhaben nur über regionale Konzepte und mithilfe von interkommunalen Kooperationen realisieren. Daher schließen sich Kommunen und kommunale Energieversorgungsunternehmen zunehmend für eine zukunftsweisende, umweltfreundliche Energieerzeugung zu regionalen oder überregionalen Netzwerken zusammen. Das ist bereits vielerorts Praxis. Aber auch bei den politischen und wirtschaftlichen Vorgaben für den Energiemarkt der Zukunft muss gelten: Den Energiemärkten der Zukunft muss eine transparente lokale Anbindung mitgegeben werden.

Heidelberg: Wohnen und Arbeiten im neuen ökologischen Null-Emissions-Stadtteil

Die Bahnstadt ist eines der größten Stadtentwicklungsprojekte in Deutschland. Mit einer Fläche von 116 Hektar ist der neue Stadtteil größer als die gesamte Heidelberger Altstadt und bietet eine lebendige Mischung aus Wohnen, Wissenschaft, Gewerbe, Campus und Kultur. Das Energiekonzept stellt die Weichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Umweltressourcen: Die Bebauung des gesamten Stadtteils erfolgt im Passivhausstandard und das Stromsparkonzept verspricht einen geringen Strombedarf. In Kombination mit der Fernwärmeversorgung und der gekoppelten Wärme- und Stromerzeugung in einem Biomasse-Heizkraftwerk entsteht hier ein wegweisender Null-Emissions-Stadtteil.

2.3 Energetische Sanierung vorantreiben

Der alleinige Austausch der Energieträger ohne eine gleichzeitige Effizienzsteigerung und die Nutzung aller Potenziale zur Energieeinsparung kann keine sinnvolle und langfristig tragfähige Strategie im Sinne einer nachhaltigen Energiepolitik sein.

Ein immenses Potenzial sehen wir im Gebäudebereich – beim Neubau und insbesondere in der energetischen Sanierung des Bestandes.

Die Anwendung neuer Energieeffizienztechnologien und die energetische Gebäudesanierung sind dringend erforderlich und könnten durch regional angepasste und technologieoffene Verpflichtungen zu Maßnahmen im Bestand vorangetrieben werden. Viele dieser Maßnahmen sind bei Lebenszyklusbetrachtung bereits heute wirtschaftlich.

Wir engagieren uns hier auf unterschiedliche Art und Weise:

- indem wir spezielle kommunale Förder- und Modernisierungsprogramme unter energetischen und demografischen Aspekten auflegen¹;
- indem wir eng mit unseren kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten²;
- indem wir im Bereich Neubau auf strenge Vorgaben für kommunale Gebäude achten³;
- indem wir energetische Standards im Rahmen städtebaulicher Verträge oder beim Verkauf oder bei der Verpachtung kommunaler Grundstücke setzen⁴;
- indem wir ganze Siedlungen im Passivhausstandard planen⁵ oder neue Baugebiete komplett durch innovative Nahwärmenetze erschließen⁶.

1 Bonn, Düsseldorf, Essen, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Köln, Lörrach, Lüneburg, München, Münster und Norderstedt

2 Augsburg, Düsseldorf, Erfurt, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Leipzig, Lörrach, Ludwigsburg, Lüneburg, München, Münster, Nürnberg, Tübingen und Wernigerode

3 Passivhausbeschlüsse in Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Leipzig, Lörrach, Nürnberg und Tübingen, Beschluss zur CO₂-neutralen Stadtverwaltung in Suhl

4 Augsburg, Bonn, Erfurt, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Lörrach, Ludwigsburg, Lüneburg, Münster, Ravensburg und Tübingen

5 Freiburg, Hannover, Heidelberg und Lörrach

6 Ludwigsburg, Lüneburg und Ravensburg

Die Geschwindigkeit der energetischen Gebäudesanierung in Deutschland reicht bei Weitem nicht aus und verfehlt das von der Bundesregierung gesetzte Ziel, bis 2050 fast 90 Prozent der Wohnfläche energetisch saniert zu haben. Ein „Weiter so“ würde bedeuten, dass mit der energetischen Sanierung des Bestandes rund 100 Jahre ins Land gehen würden, was angesichts steigender Energiepreise und des fortschreitenden Klimawandels weder wirtschaftlich noch ökologisch verantwortbar wäre.

Nürnberg: Gebäuderecycling für mehr Energieeffizienz – ein innovativer Ansatz für Passivhausstandards und Altbausanierung

Einzigartig in Europa ist der „Südpunkt“ in der Stadt Nürnberg, ein multifunktionelles Stadtteilzentrum, welches Bildung, Kultur und einen interkulturellen Stadtteiltreff mit vielfältigen Begegnungsmöglichkeiten in einem Gebäudekomplex mit Passivhausstandard miteinander verbindet. Ein Neu- und Altbau verbinden sich auf architektonisch ansprechende und energetisch sparsame Weise miteinander. Der viergeschossige Neubau wurde im Passivhausstandard errichtet und umrahmt den Altbau. Das denkmalgeschützte Gebäude aus dem Jahr 1899 ist Teil einer ehemaligen Wohnsiedlung und nach dem Neubaustandard der Energieeinsparverordnung saniert. Ein ganzheitliches Energiekonzept, zu Beginn der Planung erstellt, hat die Umsetzung der anspruchsvollen energetischen Ziele gewährleistet. Das Konzept wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie gefördert.

Heidelberg



Nürnberg

Suhl: von klein auf nachhaltig – erste ökologische und energieeffiziente Kindertagesstätte Thüringens

Der Kindergarten „Kinderland“ ist der erste städtische Neubau in Suhl, der unter der Maßgabe klimafreundlichen Bauens fast vollständig aus Holz errichtet wurde. Einzigartig ist seine energieeffiziente Umsetzung. Zur Wärmeversorgung wird Bioenergie mithilfe eines Biomassekessels genutzt, ergänzend wurde eine raumlufthechnische Anlage mit Wärmerückgewinnung installiert. Der sehr niedrige Energiebedarf wird über eine Holzpellettheizung klimaschonend gedeckt. Somit wird der Naturstoff Holz komplett genutzt, zum einen als Bauträger und zum anderen als nachwachsende Energiequelle.

Wichtige Instrumente sind die Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung, beispielsweise durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die Bundesregierung sollte diese ausbauen und vor allem verstetigen und dies mit Programmen zur generationengerechten Sanierung von Wohnungen verbinden. Wo der Staat einen Euro in die Gebäudesanierung investiert, löst dies acht Euro an Investitionen aus; es handelt sich damit um eine hochwirksame Wirtschaftsförderung. Als weiteres wirksames Instrument halten wir die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung von energetischen Sanierungen für sehr wichtig.

Die Energieeffizienz im Gebäudebestand und im Neubau muss auch bei sehr unterschiedlichen Gegebenheiten auf den Immobilienmärkten erhöht werden. Dabei dürfen Mieter oder Vermieter und Investoren nicht überfordert werden. Nötig sind daher regional angepasste Verpflichtungen und Förderinstrumentarien, die auf die unterschiedlichen Regionen Bezug nehmen. Die Bundesregierung fordern wir auf, die Städtebauförderung stärker als bisher an die Erfordernisse der Energiewende, des Klimaschutzes und der Klimawandelrisiken anzupassen. Die EU setzt in ihrer neuen Förderperiode verstärkt auf die Energiepolitik. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dem anzuschließen und entsprechende Förderpro-

Suhl



Freiburg

gramme aufzulegen. Dabei darf der Blick nicht auf die Gebäudekennwerte reduziert werden. Auch die verkehrlichen und siedlungsstrukturellen und damit ebenfalls energetischen und klimatischen Folgewirkungen des Städtebaus müssen in Planung und Förderung berücksichtigt werden.



Bonn: gut beraten für die Energiewende

Die Bonner Energie Agentur wurde durch die Stadt ins Leben gerufen und gründete sich 2012 als Verein. Die Agentur bietet in ihrer Beratungsstelle eine kostenlose und neutrale Initialberatung durch Architekt/innen und Ingenieur/innen für alle Fragen zum energieeffizienten Bauen und Sanieren sowie für den Einsatz erneuerbarer Energien an. In Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Bonn/Rhein-Sieg gründete die Agentur Anfang 2013 das Energieeffizienz-Partner-System. Ziel ist es, qualifizierte Handwerker weiterzuempfehlen sowie die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch aller an einer Baumaßnahme beteiligten Personen zu fördern.

Ein besonderes Augenmerk verdienen quartiersbezogene Sanierungsmaßnahmen, da diese häufig Effizienzvorteile gegenüber gebäudebezogenen Lösungen bieten. Hierzu sollte das Baugesetzbuch (BauGB) auch für energetische Sanierungen unterstützende Regelungen aufweisen, analog zu den städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen in § 136 BauGB.

Förderprogramme für die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften sollten Bund und Länder so ausgestalten, dass sie auch von finanzschwachen Kommunen in Anspruch genommen werden können. Vorgaben seitens der EU, wie die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, sollten mit einem konsistenten Fahrplan und klaren zeitlichen und technischen Vorgaben in das nationale Recht umgesetzt werden. Dieser Prozess muss sozial gerecht gestaltet werden.

Freiburg: das weltweit erste energetisch sanierte Altbau-Passivhochhaus

Als erstes kommunales Wohnungsunternehmen in Deutschland hat die Freiburger Stadtbau GmbH das Hochhaus „Buggi 50“ aus dem Jahr 1968 in Passivhaus-Standard saniert und auch im sozialen Wohnungsbau dabei neue Energien geweckt. So können der Energieverbrauch (Heizung und Warmwasser) um 78 Prozent gesenkt und jährlich 57 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden. Überdies schafft die Optimierung der Wohnungsgrundrisse 49 neue Wohnungen und erhöht die Wohnfläche in dem 16-geschossigen Hochhaus auf 7.800 Quadratmeter. Unter dem Motto „Wohnverwandtschaften – Generationenwohnen im Hochhaus“ haben drei soziale Institutionen – die Arbeiterwohlfahrt Freiburg, der Nachbarschaftstreff der Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde und die Quartiersarbeit des Forum Weingarten – ein Konzept entwickelt, in dem sie ihre Angebote und Ressourcen bündeln.



Ludwigsburg



Lüneburg

2.4 Das Beschaffungswesen für die Energiewende nutzen

Bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen nehmen wir neben den direkten auch die indirekten Kosten in den Blick, die durch Umweltbelastungen oder soziale Missstände entstehen und die von der gesamten Volkswirtschaft zu tragen sind. Wir setzen unsere Marktmacht gezielt zugunsten der Förderung nachhaltiger Angebote ein, sei es bei der Beschaffung von energieeffizienten Bürogeräten für die Verwaltung oder bei Dienstleistungen und Fahrzeugen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Bei der Bewertung von Produkten berücksichtigen wir deren gesamte Lebensdauer – von der Herstellung über die Nutzung bis zur Entsorgung – und tragen so zu einer Senkung des Energie- und Ressourcenbedarfs bei.

Lüneburg: Stadt und Land zur 100-Prozent-Erneuerbare-Energie-Region

Der regionale Energiebedarf im Landkreis und der Hansestadt Lüneburg kann sowohl im Strom als auch im Wärmebereich vollständig mit erneuerbaren Energien gedeckt werden: Das sagt die Leitstudie „100 Prozent Erneuerbare-Energie-Region Landkreis und Hansestadt Lüneburg“, die Nachhaltigkeitsforscher der Leuphana Universität Lüneburg erarbeitet haben. Bereits heute wird ein Anteil von 48 Prozent am Gesamtstromverbrauch des Landkreises durch erneuerbare Energien bereitgestellt – und es gibt weiteres Potenzial. Die Studie zeigt, durch welche Maßnahmen der Energiebedarf reduziert und durch erneuerbare Energien aus der Region gedeckt werden kann. Daneben geht die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg auch beim Energiesparen mit gutem Beispiel voran und arbeitet an Klimaschutzkonzepten für die eigenen Liegenschaften.

Wir sehen § 97 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen als wichtige Grundlage für mehr Handlungsmöglichkeiten bei der nachhaltigen, klimagerechten Beschaffung. Dort heißt es: „Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen.“ Auch die Vorgabe von Mindesteffizienzstandards im Rahmen der EU-Ökodesign-Richtlinie geht in die richtige Richtung. Die derzeitigen Standards sind jedoch nicht ambitioniert genug. Möglicherweise sind sie auch zu wenig bekannt, um den Wettbewerb um die effizienteste Lösung zu verstärken. Die vielerorts herrschende Unsicherheit bei der rechtssicheren Anwendung von Standards sollte beseitigt werden. Deutschland sollte sich in der EU verstärkt für die Fortschreibung der Ökodesign-Richtlinie und dafür einsetzen, dass maximale Effizienzstandards zum Maßstab für die jeweils nächste Produktgeneration werden.

Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, die Kennzeichnung von Produkten im Sinne des Klimaschutzes auszuweiten und zu verbessern. Dazu gehören die Reformierung der Stromkennzeichnung und die Regulierung der Begriffe Ökostrom, Strom aus Erneuerbaren Energien und Grüner Strom beispielsweise im Energiewirtschaftsgesetz. Bei Geräten, die der Energieverbrauchskennzeichnung unterliegen, sollte die Bundesregierung für Kostentransparenz sorgen und eine verbindliche, standardisierte Angabe von Lebenszykluskosten einführen. Insgesamt ist eine Verbesserung der Verständlichkeit und Konsistenz von Energieeffizienzlabels dringend nötig. Fehlende oder unklare Vorgaben bergen die Gefahr, das Vertrauen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu verspielen und die Bereitschaft der Menschen, durch Konsumententscheidungen einen Beitrag zur Energiewende zu leisten, zu senken.

Ludwigsburg: Reduktion des CO₂-Ausstoßes auf zwei Tonnen pro Kopf und Jahr

Die Stadt Ludwigsburg hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, den jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 auf zwei Tonnen zu reduzieren. Um das zu erreichen, muss bereits bis 2030 ein wichtiger Teil dieses Wegs zurückgelegt sein: Angestrebt sind vier Tonnen als Zwischenziel. Ansatzpunkte sind für Ludwigsburg dabei vor allem, bei den kommunalen Liegenschaften hohe Energiestandards zu erreichen, eine Sanierungsquote im Wohnungsbestand von mindestens zwei Prozent pro Jahr zu schaffen, den Anteil erneuerbarer Energien zur Deckung des deutlich reduzierten Energieverbrauchs auf rund 40 Prozent zu steigern und den Anteil des motorisierten Individualverkehrs auf 25 Prozent zu senken, bei erheblicher Reduktion von Lärm und Emissionen durch den Einsatz alternativer Antriebe.

2.5 Mut und Kreativität für neue Wege in Fragen der Mobilität

Verkehrslärm, Luftschadstoffe, Verkehrssicherheit, steigende Sprit- und Mobilitätskosten sind Probleme, die unsere Gesellschaft nahezu flächendeckend belasten. Um dem entgegenzuwirken, entwickeln wir Mobilitätskonzepte und investieren mit viel Mut und Kreativität in vielfältige Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und zur Stärkung des Umweltverbundes. Beispielhaft genannt seien hier die Umgestaltung von Straßen zugunsten des Fuß- und Radverkehrs und zulasten des motorisierten Individualverkehrs, die Parkraumbewirtschaftung, Stadtentwicklung mit dem Ziel „Stadt der kurzen Wege“, der Ausbau von ÖPNV- und Radinfrastruktur, Projekte zur E-Mobilität, Beratungsangebote zum betrieblichen Mobilitätsmanagement, Förderung von Inter- und Multimodalität und Kampagnen für den Umweltverbund oder Teilbereiche daraus, wie beispielsweise Radfahrkampagnen.

Erfurt: Kommunales Mobilitätsmanagement

Die Thüringer Landeshauptstadt baut derzeit mit einer Reihe von Partnern ein kommunales Mobilitätsmanagement auf. Ein Baustein ist das „Betriebliche Mobilitätsmanagement“, ein Pilotprojekt der Stadt in Zusammenarbeit mit vier großen Unternehmen. Gemeinsam bemühen sich mehrere Mobilitätsdienstleister, die Stadtverwaltung und ein Mobilitätsberater darum, die Mobilitätskosten und den durch Mobilität verursachten CO₂-Ausstoß der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu senken. Die Abstimmung von Streckenführung und Fahrzeiten mit den Unternehmen führte zu einer deutlich höheren Auslastung im ÖPNV. Ein Unternehmen, das sich erst kürzlich am Standort Erfurt angesiedelt hatte, erreichte eine Jobticketquote von 21 Prozent. Die Mobilitätsberatung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird durch die Unternehmen selbst zum Vorteil aller Beteiligten fortgeführt.

Doch um wirkungsvoll neue Wege bei der Mobilität einschlagen zu können, müssen auf Bundesebene verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen und kontraproduktive Vorgaben abgeschafft werden. Dringend erforderlich ist dabei eine Sicherung und Ausweitung des Förderrahmens für den Umweltverbund, wie er aktuell auf Basis des Gemeindeverkehrs-

Ulm: Fokus Umsetzung – Kooperation mit dem Handwerk

Beim Klimaschutz müssen alle mit anpacken – besonders die Umsetzer, wie die zahlreichen Handwerker, die jeden Tag kleine und große Veränderungen für den Klimaschutz vornehmen. In Ulm bringt eine Kooperation zwischen der Handwerkskammer, den Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm und der Stadt mit dem „Pakt zum Klimaschutz“ die Energiewende ganz praktisch voran. Im Mittelpunkt steht dabei die energetische Sanierung von Altbauten. Um die Wechselwirkungen bei Sanierungen mit einzubeziehen und die Prozesse ganzheitlicher zu gestalten, können sich Handwerker verschiedener Gewerke nun eine Grundqualifizierung zum „Ulmer Energiefachbetrieb“ aneignen.



Ravensburg



Erfurt

finanzierungsgesetzes besteht, über das Jahr 2019 hinaus. Daneben sollten sowohl die Förderprogramme der BMU-Klimaschutzinitiative und die Fördermittel für den ÖPNV für den Umweltverbund weiter gestärkt, ausgebaut und verstetigt werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen einer Region sollte mit dem Ziel eines wirkungsvollen Beitrags der Mobilität zur Energiewende verbindlicher geregelt werden. Zudem sollten die Unternehmen und Organisationen in die Pflicht genommen werden, die durch sie erzeugten Verkehre so umwelt- und sozial verträglich wie möglich abzuwickeln.

Ravensburg: CO₂-neutral unterwegs in Oberschwaben

Als Oberzentrum der Region Bodensee-Oberschwaben strebt die Stadt Ravensburg seit Jahren eine nachhaltige, wirtschaftliche, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung an. Im Rahmen ihres Energiemanagements hat die Stadt große Sprünge in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung auf dem Gebiet der Energieeinsparung und des Umweltschutzes gemacht. Im Februar 2013 wurde die Stadt mit dem European Energy Award Gold® (eea) ausgezeichnet. Im Zuge des eea wurde eine Reihe von kommunalen und privaten Projekten umgesetzt. Dabei wurde in Ravensburg das weltweit erste Kunstmuseum in Passivhausstandard errichtet und die Stadt plant mit weiteren Akteuren einen gänzlich CO₂-neutralen ÖPNV. Beispielsweise sollen hier Stadtbusse mit Bio-Methan angetrieben werden.



2.6 Die Menschen an der Energiewende beteiligen

Je mehr Menschen die Chance zur Mitwirkung haben, desto erfolgreicher und glaubwürdiger wird die Energiewende sein. Jeder Einzelne muss Teilnehmer, nicht Zuschauer sein. Dies ist auf vielfältige Art und Weise möglich, beispielsweise indem die Menschen durch ihre Stromverträge Einfluss auf die Energieerzeugung nehmen, indem sie die Energie achtsam und sparsam nutzen und energieeffiziente Geräte verwenden und so zur Reduzierung des Energiebedarfs beitragen oder indem sie durch Kleinanlagen oder die Teilhabe an Energiegenossenschaften selbst zu Erzeugern werden, beispielsweise im Rahmen von Bürgerenergieanlagen. Ein Weg, um vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, in die Energiewende zu investieren, ist die Bereitstellung freier kommunaler Dachflächen für private Photovoltaik-Anlagen⁷.

Dadurch, dass die Menschen in unseren Kommunen an einem nachhaltigen Energiesystem teilhaben, verstärkt sich ihre Identifikation mit der Kommune merklich. So können wir

Rheine: gemeinsam Zukunft gestalten – ein Stadtteilwettbewerb

„Gemeinsam Zukunft gestalten“ lautete das Motto des Stadtteilwettbewerbs der Stabstelle Bürgerengagement der Stadt Rheine, bei dem kooperative Projekte ausgezeichnet wurden, die aktiv Verantwortung für ein nachhaltiges Leben in ihrem Stadtteil übernehmen. Den kreativen Einfällen waren keine Grenzen gesetzt: Nachhaltige Energie und Klimaschutz spielen in vielen Projekten eine zentrale Rolle. Eine Schule konzipiert zusammen mit einer Werbefirma eine Aufklärungskampagne zu Umweltproblemen, oder Marktstandbetreiber und Gastronomen führen eine Woche der „gesunden Küche“ und des „jahreszeitlichen Einkaufs“ durch. Von den 30 eingereichten Projektideen wurde die Hälfte zur Umsetzung ausgewählt und von den Stadtwerken Rheine finanziert. Der Wettbewerb hat nicht nur zur Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement beigetragen, sondern auch bewirkt, dass Vereine, Institutionen, Firmen und Verwaltung in neuen Formen zusammenarbeiten.

⁷ praktiziert von Augsburg, Bonn, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Köln, Konstanz, Ludwigsburg, Lüneburg, München, Münster, Nürnberg, Tübingen und Wernigerode

Hannover: autofreier Sonntag – ein Klimafest

Die Stadt Hannover gibt die Straßen der Innenstadt für das bunte Leben und den Klimaschutz frei. Bewegungsspaß, entspanntes Flanieren und gesunder Genuss sind garantiert, wenn der seit fünf Jahren stattfindende autofreie Sonntag über 100.000 Menschen auf die Straßen treibt und für das Thema Klimaschutz begeistert. Rund 200 Anbieter, Vereine und Unternehmen präsentieren Ideen für eine I(i)ebenswerte Stadt und einen nachhaltigen Lebensstil. Fun-Sport, Zirkuskunst, Wellness, Infos und Motivation zum Energiesparen, zu umweltfreundlicher Mobilität und erneuerbaren Energien tragen den Klimaschutz an die Bürgerinnen und Bürger heran und machen das Thema erlebbar.

die Energiewende zum Anlass nehmen, um grundlegend über die Zukunft unserer Kommunen zu diskutieren und ressortübergreifende Visionen für das Morgen zu entwickeln.

Neue, dezentrale Energiesysteme erfordern neue Formen des Miteinander-Entscheidens, die oft über die gesetzlichen Vorgaben zur Bürgerbeteiligung hinausgehen. Deshalb ist es hilfreich, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderprogramms ZukunftsWerkStadt einigen Kommunen die Erprobung neuer Dialogverfahren mit wissenschaftlicher Begleitung ermöglicht hat. Das BMBF sollte die Ergebnisse in geeigneter Form aufbereiten, intensiv für deren Verbreitung sorgen und sein Engagement zur partizipativen Stadtentwicklung ausbauen. Gleiches gilt für den Wettbewerb zur Förderung von Bildungsnetzwerken für eine nachhaltige Entwicklung des BMBF in Zusammenarbeit mit dem Nachhaltigkeitsrat, durch den die Vernetzung der Menschen und die Entwicklung anschaulicher Projekte – viele davon zur nachhaltigen Energieversorgung und -nutzung – vorangebracht werden.



Konstanz: Solar kreativ – gemeinsame Ideen für eine innovative Zukunft

Im Solarenergienetzwerk „SolarLake Konstanz“ haben sich namhafte Unternehmen und Forschungseinrichtungen in und um Konstanz organisiert, um Solarstrom für die zuverlässige Energieversorgung von morgen zu unterstützen. Aus dem Netzwerk heraus wurde im Rahmen der ZukunftsWerkStadt Konstanz (gefördert vom BMBF) ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben: Interessierte Bürgerinnen und Bürger waren eingeladen, gemeinsam mit Vertretern der Hochschule Konstanz, lokaler Forschungs- und Wirtschaftsunternehmen, der Stadtwerke und der Stadtverwaltung nach innovativen Einsatzmöglichkeiten für Solartechnik zu suchen. In einer dreimonatigen Workshop-Phase haben engagierte Teilnehmer 20 innovative Projekte ausgearbeitet, die schon heute einen Ausblick auf die solare Zukunft der Stadt geben. Die besten drei Arbeiten wurden von einer Jury prämiert. Als Nächstes wird geprüft, welche der Projekte umgesetzt werden können.

2.7 Nach gerechter Verteilung der Lasten suchen

Die unter den heutigen Bedingungen bestehenden Zielkonflikte bei der Energiewende – Klima- und Umweltschutz, Preise, Versorgungssicherheit – sind nicht zu übersehen. Und die Frage nach einer gerechten Verteilung der Kosten ist wahrlich nicht leicht zu beantworten.



Essen: EnergieSparService – persönliche Energiewende vor Ort

Mit dem EnergieSparService Essen ist es der Stadt Essen und der Diakonie gelungen, lokale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit den Klimaschutzziele vor Ort zu verbinden. Menschen mit geringem Einkommen oder im Transferleistungsbezug werden mit Rat und Tat unterstützt und in ihren eigenen vier Wänden kostenlos beraten. Bei einem Besuch beraten die Energiesparhelfer die Teilnehmer zu individuellen Einsparmöglichkeiten, nehmen Wasser- und Energieverbrauchsmessungen vor und leisten direkte Unterstützung, zum Beispiel durch den Einbau von Zeitschaltuhren oder Wassersparreglern. Der EnergieSparService hilft nicht nur, Energie und Geld zu sparen, sondern zeigt, wie jeder seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Um die Lasten bei denjenigen abzufedern, die am wenigsten haben, halten wir besondere Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten für einkommensschwache Haushalte für sinnvoll. Bewährt haben sich:

- professionelle Energiesparberatungen, beispielsweise durch Energieagenturen oder andere Informationszentren⁹,
- die Verteilung kostenloser Energiesparartikel¹⁰,
- die Einrichtung eines kommunalen oder Stadtwerk-Sozialfonds¹¹,
- die Ausbildung von Bewohnerinnen und Bewohnern zu Energieberatern und die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen zu Stromsparhelferinnen und -helfern¹².

Der Bund sollte die Energieberatung finanziell stärker unterstützen und ihren Ausbau fördern. Auch zwischen Städten und ihrem Umland gilt es nach einer ausgeglichenen Verteilung der Lasten zu suchen.

⁸ Aus dem Kreis der am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten Kommunen wurden Bonn, Freiburg, Konstanz, Leipzig, Ludwigsburg, Lüneburg, Münster und Norderstedt im Rahmen des Programms „ZukunftsWerkStadt“ vom BMBF gefördert.

⁹ Augsburg, Bonn, Düsseldorf, Essen, Freiburg, Hannover, Heidelberg, Konstanz, Köln, Leipzig, Lörrach, Lüneburg, München, Münster, Nürnberg, Ravensburg, Rheine, Suhl, Tübingen und Wernigerode

¹⁰ Bonn, Lüneburg, München und Tübingen

¹¹ Friedrichshafen und Tübingen

¹² Freiburg und Lüneburg



Tübingen: macht blau

„Tübingen macht blau“ gibt seit 2008 zielgruppenspezifisch Tipps und Anreize, wie jede und jeder ganz persönlich zu einem blauen Himmel über Tübingen beitragen und neben CO₂ auch Geld sparen kann. Öffentliche Verkehrsmittel, Fahrräder, teilAutos, Ökostrom, Ernährung, Konsum, Heizungspumpen, energetische Sanierung von Schulen und Wohnungen – alle Akteure, von der Verwaltung über lokale Unternehmen bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern, werden angesprochen und zu einem klimafreundlichen Verhalten motiviert. Kommunale Stadtwerke und Wohnungsgenossenschaften beteiligen sich aktiv am Prozess und investieren in erneuerbare Energien und

Energieeffizienzmaßnahmen. Der Oberbürgermeister fährt mit gutem Beispiel voran: Er schaffte den Dienstwagen ab und kommt nun mit dem Pedelec zur Arbeit.

Auf Bundesebene wird die Frage einer gerechten Verteilung von Kosten intensiv mit Blick auf das Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) diskutiert. Wir halten die Pläne von Regierung und Opposition für richtig, die Ausnahmeregelungen bei der EEG-Abgabe für solche Unternehmen zu streichen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Die bisherige Befreiung des Schienenverkehrs von der EEG-Umlage muss hingegen beibehalten werden, da dessen weitere Verteuerung und damit wiederum ein Anstieg der CO₂-Emissionen aus dem Individualverkehr unter keinen Umständen gewollt sein kann.

2.8 Durch Kooperationen die Energiewende als Gemeinschaftswerk voranbringen

Neue Formen der Energieversorgung und -nutzung erfordern neue Formen der Zusammenarbeit. In unseren Kommunen ist eine Reihe neuer Netzwerke und fruchtbarer Kooperationen entstanden, beispielsweise mit Hochschulen, die als Forschungspartner die kommunale Energiewende voranbringen, mit Unternehmen und Schulen, die Energie sparen wollen, mit Handwerkern, die ihr Leistungsspektrum mit Blick auf erneuerbare Energien und energetische Sanierung erweitern, mit Kirchen und Verbänden und natürlich mit den Menschen, die in unseren Kommunen leben. Eine besondere Bedeutung messen wir der wachsenden Zusammenarbeit mit dem Umland bei. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Bau von Speicheranlagen, die Anpassung von Übertragungsleitungen und der Ausbau von Verteilernetzen finden überwiegend in der Fläche statt. Auch die Lösungen vieler Mobilitätsprobleme liegen im Stadt-Umland-Bezug. Sinnvolle Lösungen richten sich nicht nach den Grenzen von Gebietskörperschaften. Deshalb halten wir es für unabdingbar, dass Großstädte, Kleinstädte, ländliche Gemeinden und Landkreise zusammenarbeiten – zum Wohle der Region und unter Berücksichtigung der jeweiligen Handlungsmöglichkeiten. Bund und Länder sollten die Zusammenarbeit von Stadt und Umland zur Energiewende durch spezielle Förderprogramme noch stärker unterstützen.

Die Festlegung eines Datums für den Ausstieg aus der Kernenergienutzung hat den Blick auf die Zukunftsfähigkeit von Investitionen und Wirtschaftsweisen positiv verändert. Innovative Vorreiterunternehmen in unseren Kommunen – öffentliche wie private – sind längst dabei, diese Veränderungen zu gestalten und für sich zu nutzen.

Wir unterstützen unsere kommunalen Unternehmen dabei, ihr Handeln an den Zielen der Energiewende auszurichten. Unsere Wohnungsbaugesellschaften sind wichtige Partner bei der energetischen Modernisierung des Bestandes. Viele unserer Stadtwerke investieren derzeit massiv in den Ausbau erneuerbarer Energien, die Nutzung der KWK und den Erwerb oder die Ertüchtigung von Verteilernetzen und den Ausbau von Energieeffizienzdienstleistungen. In diesem Zusammenhang ist eine Reihe sehr erfolgreicher regionaler Kooperationen entstanden. Einige Stadtwerke engagieren sich zudem in der Entwicklung und Erprobung von innovativen Smart-Grid-Anwendungen.

Augsburg: regionales Klimaschutzkonzept für den gesamten Wirtschaftsraum

Die Gebietskörperschaften Stadt Augsburg, Landkreis Augsburg und Landkreis Aichach-Friedberg sind als gemeinsamer Wirtschaftsraum eng miteinander verflochten. 2008 entstand die Idee, ein gemeinsames regionales Klimaschutzkonzept zu erstellen. Zunächst wurden die Erfahrungen der beteiligten Kommunen im Klimaschutzbereich ausgewertet, klimarelevante Daten gesammelt und erfolgreiche Projekte herausgearbeitet. Dafür wurden nicht nur die Gebietskörperschaften und Unternehmen der Region, sondern auch Bildungseinrichtungen, Umweltverbände und Initiativen einbezogen. Das gemeinsam entwickelte Konzept bildet nun die Grundlage für eine systematische und regionale Klimaschutzarbeit und trägt dazu bei, dass der Klimaschutzgedanke in allen Akteursgruppen Unterstützung findet. Zur Umsetzung werden im nächsten Schritt gemeinsame Ziele und die Umsetzung von Leitprojekten angestrebt.

Wir unterstützen auch die in unseren Kommunen ansässigen privaten Unternehmen beim nachhaltigen Wirtschaften und arbeiten eng mit ihnen zusammen, um unsere Ziele zur Energiewende zu erreichen. Viele Unternehmen tragen durch ihre Angebotspalette direkt zur Energiewende bei, indem sie beispielsweise Produkte oder Dienstleistungen im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung oder der energetischen Gebäudesanierung herstellen bzw. erbringen. Andere beginnen, ihre Unternehmensstrategien an den Zielen der Energiewende und der Nachhaltigkeit zu orientieren. Beides birgt Chancen für neue Geschäftsfelder, was sich spürbar auf den Arbeitsmarkt in unseren Kommunen auswirkt und sich letztlich auch in den Steuereinnahmen niederschlägt.

Zur Unterstützung dieser positiven Wirkungen kann die kommunale Wirtschaftsförderung einen wertvollen Beitrag leisten, beispielsweise indem bei der Vergabe von Fördermitteln diejenigen Betriebe bevorzugt werden, die bei der Produktion einen höheren Umweltstandard verwirklichen oder innovative neue Ideen für gute Umweltprodukte haben. Um Unternehmen bei der Reduzierung ihres Energie- und Ressourcenverbrauchs zu helfen, haben wir zudem die kommunale Initiative Ökoprofit eingeführt¹³.

¹³ Augsburg, Bonn, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Freiburg, Hannover, Köln, Lüneburg, München, Münster und Rheine

Friedrichshafen: weltweit voneinander lernen

Die Stadt Friedrichshafen engagiert sich nicht nur vor Ort und in der Bodenseeregion für mehr Nachhaltigkeit – auch international ist sie aktiv: Im Rahmen des Konvents der Bürgermeister – eine Initiative der EU zur Umsetzung von Energie- und Klimaschutzzielen – und des EU-Projektes SURE (Nachhaltige städtische Energieversorgung in den europäischen Nachbarregionen) unterstützt Friedrichshafen Städte in anderen Teilen der Welt bei der Umsetzung lokaler Klimaschutz- und Energieziele. Gemeinsam mit Salé in Marokko und Polozk in Weißrussland erarbeiteten Akteure aus der Friedrichshafener Stadtverwaltung einen nachhaltigen Energieaktionsplan und gaben Hilfestellung bei Planung und Durchführung von eigenen Aktionsplänen. Im Kontext der internationalen Zusammenarbeit zählt Friedrichshafen heute zu den profiliertesten Energiestädten der Region.

Auch im Rahmen von internationalen Kooperationen setzen wir uns für die Energiewende ein, beispielsweise im Rahmen von internationalen Städtenetzwerken wie dem Klimabündnis, ICLEI – Local Governments for Sustainability oder Energy Cities. Zudem unterhalten viele von uns bereits seit Jahrzehnten Beziehungen zu Partnerstädten in Europa oder anderswo auf der Welt. Wir nutzen diese fruchtbaren Kontakte, um gemeinsam eine zukunftsfähige Energieversorgung und -nutzung in konkreten Schritten voranzubringen.

Friedrichshafen

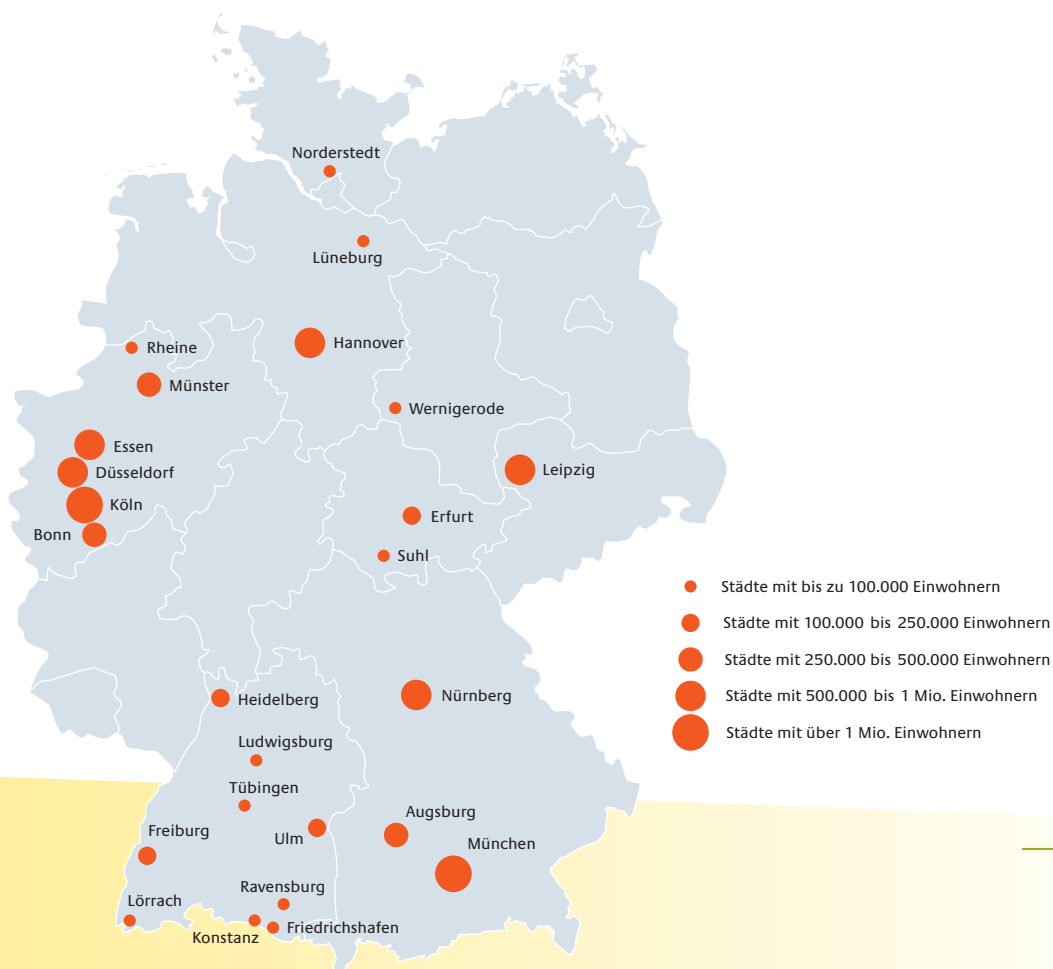


Augsburg

3. Hintergrund und teilnehmende Städte

Seit Anfang 2010 treffen sich auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister von über 20 deutschen Städten, die sich auf besondere und führende Weise der Idee der Nachhaltigkeit widmen. Im Rahmen des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ erörtern sie strategische Fragen der „Nachhaltigen Stadt“, tauschen ihre eigenen Ansätze als politisch Verantwortliche aus und gehen der Frage nach, wie kommunale Nachhaltigkeitspolitik mehr Profil und Gewicht auch in der Bundespolitik erlangen kann. Bisherige Ergebnisse ihrer Arbeit sind „Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“, die im Oktober 2010 erschienen sind, und die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik erarbeitete und im Juni 2011 erschienene Publikation „Städte für ein nachhaltiges Deutschland – gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung“. Die Inhalte gehen allein auf die Diskussionen der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zurück. Der RNE unterstützt und ermöglicht den Dialogprozess.

Dem Rat gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens an, die von der Bundeskanzlerin für eine Mandatszeit von drei Jahren berufen werden. Zu den Aufgaben des Rates gehören die Entwicklung von Beiträgen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Benennung von konkreten Handlungsfeldern und Projekten sowie Beiträge, um Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen. In der Wahl seiner Themen und Aktionsformen ist der Rat unabhängig.



Impressum

Herausgegeben von den Teilnehmern am Dialog „Nachhaltige Stadt“:

Andreas Bausewein, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt
Andreas Brand, Oberbürgermeister der Stadt Friedrichshafen
Uli Burchardt, Oberbürgermeister der Stadt Konstanz
Dirk Elbers, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf
Peter Gaffert, Oberbürgermeister der Stadt Wernigerode
Ivo Gönner, Oberbürgermeister der Stadt Ulm
Hans-Joachim Grote, Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt
Gudrun Heute-Bluhm, Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach
Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Dr. Angelika Kordfelder, Bürgermeisterin der Stadt Rheine
Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster
Dr. Kurt Gribl, Oberbürgermeister der Stadt Augsburg
Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg
Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn
Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg
Jürgen Roters, Oberbürgermeister der Stadt Köln
Boris Palmer, Oberbürgermeister der Stadt Tübingen
Reinhard Paß, Oberbürgermeister der Stadt Essen
Dr. Dieter Salomon, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg
Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg
Dr. Jens Triebel, Oberbürgermeister der Stadt Suhl
Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München
Stephan Weil, Oberbürgermeister der Stadt Hannover
Dr. Eckart Würzner, Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

Im Auftrag der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister erarbeitet von Julia Werner (bis März 2013) und Teresa Dorfner (ab März 2013), Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung.
© Mai 2013 Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de

© **Fotos Titel und Innenteil:** Stadtwerke Wernigerode GmbH / Stadt Lörrach (S. 5); Stadtwerke Leipzig GmbH / Stadtwerke Münster GmbH (S. 6); Stadt Düsseldorf (S. 8); Herbert Brüning / Michael Nagy, Presseamt München (S. 9); Christian Buck für die Stadt Heidelberg / S. Titzmann (S. 11); Stadtverwaltung Suhl / Freiburger Stadtbau GmbH (S. 12); Bonner Energie Agentur e. V. (S. 13); Stadt Ludwigsburg / Stadt Lüneburg (S. 14); Kreishandwerkerschaft Ulm (S. 16); Siegfried Heiss / Landeshauptstadt Erfurt (S. 17); Franz Bischof / Stadt Rheine (S. 18); Julia Fischer, Matthias Hipp, Reiner Hofer, Stefan Huberio, Melanie Walde (S. 19); Nattler Architekten (S. 20); A. Gonschior (S. 21); Stadt Friedrichshafen / Thomas Hosemann (S. 24)

Grafik-Design: www.bert-odenthal.de
Lektorat: Petra Thoms, Berlin

Druck: Druckerei Lokay e. K., www.lokay.de
Gedruckt auf EnviroTop (aus 100 % Altpapier)





Rat für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de

